

Die Danziger Zeitung erscheint täglich zweimal; am Sonnabend Morgens und am Montage Abends. — Bestellungen werden in der Expedition (Gerbergasse Nr. 2) und auswärts bei allen Königlichen Post-Anstalten angenommen.

Danziger Zeitung.

Telegraphische Depeschen der Danziger Zeitung.

Angekommen 2 Uhr Nachmittags.

Berlin, 10. Juni. (Abgeordnetenhaus.) Debatte über die geschäftsordnungsmäßige Behandlung des vom Abg. v. d. Heydt, unterstützt durch die Mitglieder der conservativen Fraction, eingebrachten Antrages auf Änderung der Geschäftsordnung in Bezug auf die Polizei während der Sitzung. (Der Antrag lautet: „Das Haus der Abg. wolle folgenden Zusatz zu § 60 der Geschäftsordnung beschließen: Erachtet der Präsident die Ordnung nicht verletzt, so entscheidet auf den Antrag von 15 Mitgliedern das Haus in der nächstfolgenden Sitzung ohne Discussion, ob der Ordnungsruß durch den Präsidenten nachträglich anzusprechen ist.“) Der Antragsteller v. d. Heydt schlägt Schlußberathung vor. Abg. Birchow beantragt Ueberweisung an den Geschäftsordnungsausschuss; Abg. Ahmann Ueberweisung an den durch 7 Mitglieder zu verstarkenden Geschäftsordnungsausschuss. Regierung wird einstimmig beschlossen.

Landtagsverhandlungen.

(Oldenburg. C.) 65. Sitzung des Abgeordnetenhauses am 9. Juni.

Am Ministerische der Kriegsminister und der Finanzminister. Auf der Tagesordnung steht der Marine-Etat. Referent Abg. Schmidt (Randow)

Der Abg. Birchow hat folgendes Amendement zu den Commissionsanträgen eingebracht: „Das Haus der Abg. wolle beschließen, in dem Extraordinarium des Marine-Etats 1) den Tit. I., Fortsetzung der Bauten an der Flotte, um 300,000 R. höher, also im Ganzen mit 1 Million R., anzusehen; 2) den Tit. IV., zum Neubau von Schiffen und Zubehör, um 250,000 R. niedriger, also im Ganzen mit 500,000 R., zu bewilligen, dafür aber zwei neue Titel anzugeben; nämlich 3) einen Tit. IV. a, erste Rate zum Bau einer eisernen Panzerfregatte mit 750,000 R.; 4) einen Tit. IV. b, erste Rate zur Beschaffung schwerer Gußstahl-Geschütze für die vorhandenen Schiffe mit 300,000 R., zu bewilligen.“ Diese Anträge sind unterstützt von den Abg. v. Hennig, Runge, Techow, v. Hordenbeck, Wübbelbeck, Ullnig, Klos, Schmidt (Randow), Reichenheim, Baron v. Baerst, Tweten, Rassow, Hagen, Haacke (Stendal), Dr. Ebert, Parrisius (Brandenburg), Dr. Langerhaas, v. Bockum-Dolss, Parrisius (Gardelegen).

Abg. Harkort I.: Die Marine befindet sich in einem Stadion, welches ihre Zurückführung auf gesunde, naturwürdige Elemente noch offen lasse. Die bisherige Verwaltung und der Mangel an feuerfester Mannschaft verschulde, daß bei dem hohen Etat nicht mehr geleistet sei. Sicher würde sich die Ausgabensumme mindestens ½ Million R. jährlich über den Voranschlag steigern und das Ordinarium die Bifser von 4,160,000 R. erreichen, dazu komme noch das Extraordinarium, und doch werde nur wenig erreicht, so lange es an den nötigen Seemannschaften fehle. Auch der Schiffsbau liege im Argen. Seit 1853 sei jährlich eine halbe Corvette, ein halbes Kanonenboot und ein Schießteil einer Fregatte gebaut worden. Um den Hafenbau stehe es noch schlimmer, die Erwerbung der Panzerschiffe sei nicht besonders glücklich, Sachverständige bemängeln den „Arminius“ und den „Cheops“ (wofür Redner schriftliche Beugäße Sachverständiger vorliest), die Corvetten „Augusta“ und „Victoria“ böten gleichfalls viele Mängel. Man müsse von großen Ideen, von Seeschlachten und dergl. abstrahieren, denn mit Frankreich und England werde man Seekriege nicht zu bestehen haben und Dänemark werde sich schwerlich jemals wieder zu einem Kriege mit uns entschließen. Man möge sich auf die Vertheidigung der Küsten vorbereiten, die Mannschaften einzühren, Ingenieure ins Ausland schicken, um die Fortschritte des Schiffsbaues und der Schiffsführung kennen zu lernen. Was darüber hinausgehe, stehe im Widerspruch mit der natürlichen Ausgabe unserer Marine.

Abg. Kerst. Das seit 1854 bestehende Misverhältniß zwischen den Kosten und Leistungen unserer Marine ist noch gesteigert worden, seitdem das Marine-Ministerium von dem Kriegs-Ministerium annexirt worden ist, und die Marine nach der Schablone der Landarmee verwaltet wird. Unerhört und ohne Analogon ist das Bestehen der von Danzig nach Berlin verlegten Marine-Intendantur, unrichtig die Gleichstellung der Chargen und der Gehälter in der Marine und Landarmee, wodurch Besoldungen für Offiziere der erstenen entstehen, wie sie das reiche England nicht kennt. Einen Flottengründungsplan kann man sehr wohl entwerfen, der nicht den Bau des einzelnen Schiffes im technischen Sinne präjudiziert, sondern den Umfang der Flotte und ihre Bemannung feststellt. Dazu gehört aber eine selbstständige Commission, welche Experten zu vernehmen befugt ist; die Budget-Comm. in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung ist einer solchen Aufgabe nicht gewachsen. Die Einsetzung einer solchen Marine-Commission ist dringend geboten. — Damit wird die allgemeine Debatte geschlossen und das Ordinarium des Etats bewilligt.

Bei Tit. II (Krankenpflege) äußert der Abg. Harkort den Wunsch, daß, wie in England, regelmäßige statistische Mittheilungen über den Gesundheitszustand veröffentlicht werden. Reg.-Commissar Admiral-Rath Jacob: Die der Commission gemachten vertraulichen Mittheilungen waren zum beliebigen Gebrauch gemacht und sollen in Zukunft publicirt werden. Ref. Abg. Schmidt: Die Mittheilungen bezogen sich auf den Krankheits- und Todestand auf den 3 Schiffen, welche die Expedition nach den ostasiatischen Gewässern gemacht haben. Die „Arkona“ hatte 13, die „Gazelle“ 11 Tote, einzelne darunter sind Verunglückte. Wir mußten das constatiren, weil Seitens der Gerichte gegen Zeitungen, welche über die Reise der „Gazelle“ Nachtheiliges berichtet hatten, eingeschritten worden. Ich habe mich überzeugt, daß der Stand auf den englischen Schiffen in den ostasiatischen Gewässern nicht günstiger war, als auf der „Gazelle“. — Auf eine fernere Frage des Abg. Harkort erklärt Regier-



Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr. Auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. Inferate nehmen an: in Berlin; A. Retemeyer, in Leipzig; Algen & Fort, H. Engler, in Hamburg; Haesenstein & Vogler, in Frankfurt a. M.; Jäger'sche, in Elbing; Neumann-Hartmanns Buchdr. 1865.

Beitung.

Commissionar Jacob, daß das See-Cadetten-Institut aufgehoben werden wird, wenn seine zeitigen Mitglieder ausgebildet sein werden. Die Marine-Schule soll nach Feststellung des Ausbildung-Modus eröffnet werden und zwar an einem Stationsorte.

Bei der Diskussion des Extraordinariums empfiehlt zunächst das Amendement Birchow der Abg. v. Hordenbeck. Schon im General-Bericht der Budget-Commission heißt es: „Dass die Entwicklung der Marine eine dringende Nothwendigkeit für Preußen ist, bedarf keiner weiteren Ausführung. Die Ereignisse des vergangenen Jahres haben diese Nothwendigkeit brennend hervorgehoben und die Leistungen der Marine im Kriege zugleich der Nation die Beruhigung gewährt, daß dem so dringenden Bedürfnisse, wenn die Geldmittel vorhanden sind, abgeholfen werden kann. Keine Opposition wird, falls die Verfassung des Landes in voller thatfächlicher Wirklichkeit besteht, gerechtfertigten Anforderungen für dieses dringende Bedürfnis widerstreben.“ Leider haben sich seit Erstattung des General-Berichts die Verhältnisse noch schroffer gestaltet; aber im Großen und Ganzen gilt das, was im General-Bericht gesagt worden ist, auch noch jetzt. Wir Antragsteller wollen dem dringenden Bedürfnis zur Erweiterung der Marine gerecht werden, soweit es mit dem Grundgesetz, mit der Verfassung des Landes verträglich ist; wir wollen mit einem Worte, was zur Erweiterung der Marine nothwendig ist, durch das Etatgesetz und unter Voraussetzung des Etatgesetzes bewilligen. Ich wünsche, daß das Haus durch die Annahme dieser Amendements endlich auch tatsächlich und durch Beschlüsse constatirt, daß es die Pflicht und Erweiterung der Marine für ein dringendes Bedürfnis anerkennen. Vor Kurzem ist gesagt worden: „Ja, wenn Worte Geld wären, dann müßte Ihnen die Staatsregierung sehr dankbar sein.“ Wir wollen Ihnen durch dies Amendement folgende Antwort darauf geben: Wenn die Verfassung des Landes zu Recht besteht, wenn ein Etat gesetzt da ist, dann wird auch das Geld da sein. (Bravo.) Ich bin kein Techniker und enthalt mich jedes Urtheils über die Ausschaffung von Panzerfregatten und die dagegen erhobenen Bedenken; ich kann nur auf die Thatache verweisen, daß sämmtliche seefahrenden Nationen, Franzosen, Engländer, Amerikaner, immerfort Panzer-Fregatten anschaffen und bauen lassen. Dieser Thatache gegenüber müssen meiner Ansicht nach die von einzelnen Technikern geäußerten Bedenken zurücktreten. Endlich kann man dem Amendement entgegenstellen, daß es gegen die Neuherung und Bewilligung der Regierung den Etat erhöht. Eine Neuherung haben wir Seitens der Regierung noch nicht erhalten. Ich kann das Prinzip, daß das Abg. nicht befugt sei den Etat zu erhöhen, überhaupt nicht acceptiren, zumal wir nach den gestrigen Beschlüssen über einen Überschuß von ca. 9 Millionen Thaler zu disponiren haben, die, wenn das Haus nicht andere Wege nachweist, nur zum Staatschaz fließen können. Die Regierung hat das Geld in einer besonderen Vorlage für die Marine-Anteile bereits gefordert. Aber in der Lage, in der wir uns befinden, war es uns zur Wahrung der Rechte des Landes unmöglich, irgendwie eine Anleihe zu bewilligen. Wir amendieren die Sache jetzt dadurch, daß wir die Forderungen theilweise in den Etat setzen, da wo es nach der Vorlage der Regierung und der Geschäftsordnung gemäß überhaupt zulässig war. Wir antworten der Regierung, die eine Anleihe verlangt; die Antwort der Anleihe kommt Ihr nicht bekommen, wohl aber im Wege des Etats, unter Voraussetzung eines Gesetzes und durch dies Amendement. Ich bitte Sie, um alle Zweifel über die Stellung dieses Hauses gegenüber der Marine und dem dringenden Bedürfnis zu beseitigen, bewilligen Sie das, treten Sie unserem Amendement bei und machen Sie dadurch dem Zweifel ein Ende! (Beifall.)

Abg. Dr. Waldeck: Das Amendement versetzt uns in einen ganz abnormen Zustand. Bei Forderungen, wie sie hier vorliegen, muß die Executive, nicht das Abgeordnetenhaus die Initiative ergreifen. Wie können wir denn jetzt bewilligen, was wir neutlich abgelehnt haben? Als Motiv führten wir damals den Mangel eines Flottengründungsplanes an, ist heute ein solcher vorhanden? Niemand im Lande zweifelt an unserer vollen Anerkennung der Bedürfnisfrage, an unserer Bereitwilligkeit, eine starke Marine für Preußen herzustellen, aber es ist gegen jeden constitutionellen Gebrauch, der Regierung Kosten zu octroyiren. Diese Anträge stehen im völligen Widerspruch mit unseren früheren Beschlüssen, deshalb stimme ich dagegen. — Abg. Harkort erklärt sich gleichfalls gegen die Amendements. — Abg. Gneist: Über die Nothwendigkeit und Zweckmäßigkeit der Forderungen sind Regierung und Haus völlig einverstanden, eine Differenz besteht nur in Bezug auf die Deckung der Mittel. Wenn aber, wie feststeht, diese Deckungsmittel im Etat vorhanden sind, so können wir uns der Pflicht nicht entziehen, sie zur Verfügung zu stellen. Dies ist der Sinn der Anträge und deshalb ihre Annahme nur zu empfehlen.

Abg. Laske: Obgleich ich diese Anträge unterschrieben habe, so meine ich doch nicht eher für dieselben stimmen zu können, bis die Regierung sich darüber erklärt hat, ob sie die angebotenen Posten annehmen will, oder nicht; in letzterem Falle würde nur feststehen, daß dies Haus die Mittel zur Erweiterung der Marine angeboten, die Regierung aber dies Angebot abgelehnt hat. (Sehr richtig!) — Abg. Laske: Es handelt sich hier nur um die Bewilligung der von der Regierung geforderten Mittel, auf einer anderen Seite, als an welcher die Reg. sie gewünscht hat.

Abg. v. Blanckenburg: Anfänglich wollte ich für die Amendements stimmen, ich bin aber im Laufe der Debatte anderer Ansicht geworden. Man konnte denken, die Anträge seien ein Vertrauensvotum für die Regierung (Widerspruch), das sind sie aber in Wahrheit nicht (Heiterkeit). Es handelt sich für Sie nur darum, den ungünstigen Eindruck, den die

Marinedebatte im Lande gemacht hat, zu verwischen (Heiterkeit links, Widerspruch rechts). Ich halte diese Anträge nur für einen taktischen Schachzug. Sie bewilligen die Summen in einem Etat, von dem Sie wissen, daß er nicht zu Stande kommt. Solche Bewilligungen haben keinen Sinn, ich stimme also dagegen und überlasse meinen Freunden, zu thun, was sie in dieser Sache für geraten halten.

Abg. v. Hordenbeck: Wenn der Abg. v. Blanckenburg consequent sein will, dann muß er gegen alle Bewilligungen im Etat stimmen. Wir haben die Pflicht, zu berathen und zu beschließen, in fester Erwartung des Zustandekommens eines Etats (Beifall). Dem Abg. Waldeck erwidere ich, daß er gestern selbst eine Mehr-forderung für die Landwehr bewilligt hat, heute also nicht plötzlich die Bewilligung von Mehrforderungen bekämpfen kann. Dem Collegen Laske merke ich, daß wir das Zustandekommen des Budgets stets voraussehen müssen und daß mir, gegenüber der eigenthümlichen Stellung dieser Regierung zu der Budgetfrage, die Erklärungen ihrer Mitglieder ziemlich gleichgültig sind.

Abg. Dr. Waldeck: Die Bewilligung für die Landwehr gilt für die Aufrechterhaltung des alten Rechts des Landes und der früheren Ausgaben. Heute handelt es sich um eine Forderung für eine völlig neue Sache, die wir der Regierung bewilligen, ohne daß sie es verlangt. Ich muß dem zustimmen, was der Herr Minister-Präsident sagte, als er die Bewilligung der Anleihe von 10 Millionen Thalern forderte: „Kein Kiel, kein Geld“. Ich sage, ich habe kein Kiel, also auch kein Geld (Beifall). Wie kann ich nun heute einen Theil dieses Geldes bewilligen, da die Sachen heute noch so stehen wie neulich? Wir können die Forderungen heute so wenig bewilligen, wie wir es an einer anderen Stelle könnten.

Abg. Westen: Von dem Kieler Hafen ist in dem Amendement gar nicht die Rede. Die für denselben verlangten 500,000 Thlr. konnten wir weder in Form einer Anleihe, noch können wir sie jetzt im Etat bewilligen, weil wir den Kieler Hafen nicht haben. Die übrigen Forderungen, welche das Amendement des Dr. Birchow bewilligen will, sind geprüft. Die Regierung forderte 1½ Mill. R. außerhalb des Ordinariums für verschiedene Zwecke, abgesehen vom Kieler Hafen. Bei der Marine-Vorlage war unser Einwand der: um 1½ Mill. in diesem Jahre verwenden zu können, ist keine Anleihe nötig; ob im künftigen Jahre eine Anleihe nötig sein wird, das wird sich finden. In diesem Jahr haben wir die flüssigen Mittel für den Mehrbedarf der Marine nicht blos durch die Streichung im Militair-Etat, sondern auch durch die von der Regierung selbst zugestandenen, in Aussicht stehenden Mehreinnahmen aus den Forsten, dem Berg- und Hüttewesen. Sollten dieselben zur Deckung der 1½ Mill. R. für die Marine nicht genügen und sich am Ende des Jahres ein Deficit herausstellen, so würde der Staatschaz die Deckungsmittel bieten. Ein materieller Grund, die Bewilligung zu versagen, ist nicht vorhanden. Schon die Commission will 250,000 R. für die Panzerfregatte bewilligen und wir wollen zur Beschleunigung des bereits geprüften Buves noch eine halbe Million R. mehr auszugeben die Regierung ermächtigen. Eine Fregatte genügt zwar zur Gründung einer Seemacht nicht, aber mit einem Schiffe muß man doch anfangen und dies eine und erste dient doch den Mannschaften zur Übung, um später mehrere zu handhaben. Auf einen Eindruck im Lande kommt es mir nicht im Entferntesten an. Wir hätten nur schöne Worte und kein Geld für die Marine! Ja, wer das aus der Marine-Vorlage entnommen und es nicht als einen Scherz betrachtet hat, dem kann ich nicht helfen.

Abg. Dr. Frese: Es ist gewiß eigenthümlich, daß, wenn die Antragsteller für die Bedürfnisse der Marine Geld bewilligen wollen, ein Redner der rechten Seite auftritt und sagt: „Ah, Ihr wollt nur in Popularität machen.“ Noch eigenthümlicher befindet sich dieser Antrag der Ministerbank gegenüber, von der die einzige Antwort, wie es scheint, dadurch gegeben werden soll, daß der Hr. Marineminister ab und zu sich zeigt und ab und zu verschwindet. (Heiterkeit.) Das zeigt zur Genüge, daß es in der gegenwärtigen Situation ganz vergebene Mühe ist, Seitens des Abgeordnetenhauses etwas Positives schaffen zu wollen. (Sehr wahr!) Dazu gehört ein vertrauungsvolles Zusammenwirken des Ministeriums mit der Volksvertretung, das durchaus nicht vorhanden ist. Uns fehlt auch das Vertrauen zu der technischen Begabung des Hrn. Marineministers, was im Uebrigen, so sensibel man jetzt für dergleichen wird (Heiterkeit), durchaus keine Verlegung für ihn ist. Das beste, was er thun könnte, um seine Marine zu fördern, das wäre, sich einen Nachfolger geben zu lassen, zu dessen technischer Begabung das Land und die Landesvertretung das Vertrauen hätte, welches dem Schöpfer eines neuen Instituts entgegenkommen muß; einen Nachfolger, der außerdem allerdings auch in Geld- und staatsrechtlichen Fragen dem Hause anders gegenübersteände, als der jetzige Hr. Marineminister. Was die Frage selbst anbetrifft, ob wir für den Jahreshafen mehr bewilligen sollen, als verlangt ist, so muß ich leider die feste Ueberzeugung aussprechen, daß jeder Groschen für den Jahreshafen weggeworfenes Geld ist. Leider ist für Viele der Grundsatz maßgebend: weil wir so weit gezangen sind, so können wir ohne die größte Noth nicht zurückgehen. Aber dieser Grundsatz ist gefährlich. Je mehr Millionen wir in diesen Häfen hineinstechen, desto schwerer wird das Haltmachen werden, das ich für unumgänglich gehalten erachte. Was man in Bremen und im Oldenburgischen über den Jahreshafen hört, lautet wenig günstig; in unserem Marineministerium ist man freilich geneigt, solche Einwendungen auf Rancune und laufmännische Eiferflucht gegen den neuen Hafen zurückzuführen, aber wer die Sache kennt, der weiß, daß allen Kaufleuten an der ganzen Nordsee entlang die Lage jedes neuen Hafens willkommen sein muß, in den sie ihre Schiffe hineinlegen können. Daar möchte ich Sie noch auf eine Ausspruch des Dr. Löwe erinnern, daß wir uns hüten

möchten, für die Marine uns in unabsehbare Ausgaben einzulassen, daß wir für die Marine zwar einen Theil, unserer Finanzlage entsprechend tragen, aber dem übrigen Deutschland den Rest zu tragen überlassen müssen. Die Lösung der Mariefsfrage liegt so gut, wie die Lösung der Militärsfrage nicht in diesem Hause allein, sondern sie liegt auf dem Gebiete der deutschen Frage, und ehe wir es nicht dahin bringen, daß der Einfluß der Volksvertretung auf die Leitung der Geschicke unseres Staats so groß ist, daß die Regierung nicht anders kann, als auch in diesen Dingen den nationalen Weg zu geben, thun wir Unrecht, wenn wir der Regierung Anlaß geben, die Ausgaben auf diesem Gebiete noch zu vergrößern.

Abg. v. d. Heydt: Ich werde für das Ammendment Birchow stimmen und durch die Motive, mit denen dasselbe empfohlen wird, mich nicht irre machen lassen. Im Allgemeinen kann ich es nicht willigen, Ausgaben zu votiren, die die Regierung im Etat nicht vorgesehen hat.

Wenn ich es in diesem Falle doch thue, so kommt dies daher, weil die Regierung durch eine andere Vorlage diese Summen gefordert hat. Ich vertraue, daß die Regierung von diesen Summen, zu deren Beschaffung ich eine Auleihe nicht für erforderlich halte, den geeigneten Gebrauch machen werde und sehe die Bewilligung derselben als ein Vertrauensvotum für die Regierung an. (Widerspruch links.) — Abg. v. Blankenburg: Es ist nichts Neues, daß alle Bewilligungen, die im Etat gemacht werden, nur unter der Voraussetzung erfolgen, daß der Etat zu Stande kommt; hier handelt es sich aber nicht darum, sondern um Summen, die im Etat nicht angezeigt sind. — Nachdem der Abg. Gneist darauf erwidert, daß dies irrtig sei, da die Regierung diese Summen ebenfalls gezeigt werden sollten, und nachdem der Abg. Meibauer die Bewilligung ebenfalls als ein Vertrauensvotum für die Regierung bezeichnet, gegen welches er sei, ergreift der Antragsteller Abg. Birchow das Wort.

Er sagt: Als meine Vorschläge zuerst in der Marine-Kommission berathen wurden, saud sie der Hr. Reg.-Kommissarius von erheblicher Bedeutung; nachträglich erklärte freilich der Kommissarius des Finanzministers, daß es unthunlich sei, solche Ausgaben aus den laufenden Mitteln zu reftreiten. Zwischen dieser Erklärung aber und heut liegt ein erhebliches Fettum, das nämlich, daß bei der Abstimmung über die Marinevorlage der Hr. Marineminister für das Ammendment Wagener gestimmt hat. Aus dieser Abstimmung konnte ich die Überzeugung gewinnen, daß meine Vorschläge doch ausführbar seien, und im Uebrigen hätte ich dieselben auch ohnedies gestellt, weil ich sie a a besten für geeignet halte, die Meinung des Hauses über die Bedeutung der Marine am correktesten herauszustellen. Wenn der Abg. v. d. Heydt in der Annahme meines Ammendements ein Vertrauensvotum für das Ministerium sehen will, so kann ich ihn daran für seine Person allerdings nicht hindern, aber ich muß dagegen protestieren, wenn der Abg. Meibauer glaubt, daß damit auch uns dieses Vertrauensvotum in die Schuhe geschoben werden sollte. Ich selbst habe in der Kommission geltend gemacht, daß diese Summen aus den bereiten Mitteln des Staats geschafft werden können. Dieselben entsprechen genau den Einnahmehöhungen im Berg-, Hüttens- und Forstwesen und wenn Jemand für den vollen Militäretat gestimmt hat, so wird er trotzdem auch noch für mein Ammendment stimmen können, ohne befürchten zu müssen, daß diese Ausgabe nicht gedeckt zu sehn. Es ist schu hervorgehoben, daß für diese Frage der Ausspruch: kein Kiel — kein Geld nicht in Betracht kommt. Der Hr. Marine-Minister hat außerdem gesagt, daß die Pläne auf Kiel noch sehr embrionischer Natur seien und wir haben keinen Grund anzunehmen, daß sie bereits aus den Eiern ausgewachsen sind. Was den Einwand betrifft, daß wir nicht Ausgaben votiren dürfen, welche die Regierung im Etat nicht verlangt hat, so ist dies ein Princip, das Herr v. Bünke aus England importirt hat, das auf unsere Verhältnisse nicht überall anwendbar ist und das, auch in England mehr Praxis, als Princip, nur dann zutrifft, wenn man die Einnahmen den Ausgaben entsprechend machen und durch Ermäßigung derselben den Steuerdruck erleichtern kann. Sie wissen, daß die Einnahmen sich erhöhen und daß dieselben verausgabt werden und wollen sich auf constitutionelle Bedenken stützen, zu bestimmen, wozu die Höhungen verwendet werden sollen? Das die Reg. meinem Ammendment gegenüber sich schweigend verhält, kann uns auch nicht irre machen, denn wenn die Reg. wirklich die Meinung hätte, daß es unausführbar wäre, so hätte der Herr Finanzminister die Pflicht wenigstens, dies zu erkennen zu geben, damit wir nicht Stunden lang eine ungute Debatte führen. Wir legen Werth darauf, der Reg. in den Bedürfnissen für die Marine so weit entgegen zu kommen, als derselben im Etat regelmäßige Deckung finden und wir werden darüber abstimmen können, auch ohne zu wissen, ob der Herr Finanzminister ein Urtheil über meine Ammendements sich gebildet hat (Heiterkeit). Sein Kommissarius hat gesagt, die Überschüsse könnten nicht für das laufende Jahr verwendet werden, sondern müßten für das nächste Jahr vorbehalten bleiben, um etwaige Ausfälle zu decken. Aber dies Vorhören scheint mir nicht als das regelmäßige constitutionelle anzuerkennen zu sein, weil es die Möglichkeit gewährt, für ein budgetloses Jahr Gelder zur Verfügung zu stellen. Wenn wir wissen, daß ein Jahr Überschüsse liefert, so müssen wir dieselben für bestimmte Zwecke auch verwenden können. Der Abg. v. Blankenburg will auch für mein Ammendment den Satz verwenden, daß wir für die Flotte Worte, aber kein Geld haben. Ich glaube, daß er einige Schwierigkeit haben wird, mit dieser Logik auszutreten. Indem wir der Regierung zu notwendigen Zwecken Geld anbieten und bewilligen, daß die Gelder zu diesen Zwecken verwendet werden, haben wir Alles gethan, was wir thun können. Diese Bewilligung sprechen wir aus und überlassen es dem Abg. v. Blankenburg, den Leuten das Problem klar zu machen, daß eine wirkliche Geldbewilligung keine Geldbewilligung, sondern nur eine Bewilligung in Worten ist. (Heiterkeit und Beifall.)

Finanzminister v. Bodelsprung: Ich bin allerdings der Meinung, daß die Marine Geld für ihre Ausgaben bedarf und die Regierung hat diese Überzeugung durch ihre Marinevorlage hinreichend dokumentirt und darin ausgesprochen, daß sie über die Grenzen der im Etat verlangten Mittel hinaus, für die Marinezwecke Geld zu erhalten wünscht, um in kürzerer Frist dieselbe einem größeren Umfang entgegenzuführen. Der Weg, den die Regierung dazu einschlagen wollte, und den sie unter den gegebenen Verhältnissen für den einzigen richtigen hielt, hat die Billigung dieses Hauses nicht gefunden. Jetzt wird vorgeschlagen, im Extraordinarium Geld dafür zu bewilligen, und es wird behauptet, die Gelder zur Befriedigung dieser Bewilligung wären hinreichend vorhanden. Das letztere kann ich nicht zugeben. Der Etat, wie er vorgelegt wird, ist ein Ganzes und kann durch einzelne Abänderungen in seiner Totalität doch unmöglich so alterirt werden, daß die Mittel, die von einem bei der Etatfeststellung we-

sentlich beteiligten Factor, in Folge vorgenommener Reduktion gewonnen werden, die aber nicht die Zustimmung der andern Factoren erhalten haben, nun als hinreichend angesehen werden, um der Befriedigung solcher Bewilligungen, wie sie das Ammendment giebt, zu genügen. Wenn in der gestrigen Debatte hier beschlossen worden ist, große Summen, die die Regierung auf den Etat gebracht hat, nicht zu bewilligen zu den eingebrochenen Zwecken, so ist, glaube ich, in diesem Hause darüber kein Zweifel mehr, daß die Regierung trotzdem zu ihrem Bedauern hierauf kein Rücksicht wird nehmen können (hört! hört!), weil dies mit den Interessen des Landes ganz unvereinbar wäre. (Große Unruhe.) Auf die Theorien in Bezug auf die Feststellung des Etats hier nochmals einzugehen, will ich, da ich nicht unnöthig ausführlicher sprechen will, vermeiden. (Unruhe.)

Abg. Dr. Birchow: Ich richte hiermit an den Finanz-Minister ganz ausdrücklich die Frage, ob die Regierung mein Ammendment ablehnt oder ob sie es annimmt? (Der Finanz-Minister wendet sich zum Regierungs-Commissar und schweigt. — Große allgemeine Heiterkeit.)

Bei der Abstimmung werden angenommen die Ammendements des Abg. Birchow und ferner die Anträge der Commission zum Fortbau der schwimmenden eisernen Docks in Srinemünde 30,000 R., für Land- und Wasserbauten 55,000 R. und als erste Rate zur Beschaffung eines Dienstgebäudes für das Marineministerium 50,000 R. zu bewilligen. Damit ist die Berathung des ganzen Staatshaushaltsetals vollendet.

Es folgt die Berathung über den Antrag des Abg. Rohden, den § 2 Lit. a. des Ges. v. 28. Juni 1834 über den Waffengebrauch der Grenz-Auffichtsbeamten aufzuheben. Der § 2 gibt ihnen das Recht, vor der Schußwaffe Gebrauch zu machen, wenn im Grenzbezirk außerhalb eines bewohnten Ortes und der Landstraße mehr als 2 Personen als Fußgänger, Reiter oder Begleiter von Lastfuhrwerken und Lastthieren zur Nachtzeit, oder mit Gepäck oder Ladung auch zur Tageszeit betroffen werden und auf einen zwimaligen Aufruf des Beamten nicht anhalten, sich vielmehr einzeln oder sämlich entfernen. Die Regierung erklärt, dem Antrage nicht beitreten zu können, da sie nicht die Überzeugung habe, daß diese Bestimmung für alle Grenzen des Staates entbehrlich geworden sei. Der Antrag des Abg. Rohden wird mit sehr großer Majorität angenommen.

Es folgt die Berathung über den Antrag v. Bonin, betr. den Erlass eines Gesetzes wegen der Naturalleistungen für die bewaffnete Macht und deren Vergütung im Frieden. Die Commission hat Annahme des in mehreren Punkten veränderten Entwurfes vorgeschlagen. — Der Abg. v. Bonin stellt heute das Ammendment, den Gesetzentwurf der Regierung mit der Aufforderung zu überreichen, dem nächsten Landtag Behufs der dringend erforderlichen Regelung die zweckentsprechende Vorlage zu machen. Abg. Waldeck beantragt über den Boninschen Gesetzentwurf zur Tagesordnung überzugehen, da es an einem geeigneten Organe zur Feststellung der Vergütungssätze fehlt, so lange die Kreis- und Gemeinde-Ordnung in bisheriger Weise besteht.

Abg. v. Benda: Der Gegenstand, der von der äußersten Wichtigkeit sei, bedürfe einer reiferen und gründlicheren Prüfung, wie er in der Commission erfahren könnte. Die Commissionsvorschläge enthielten Bestimmungen, die auf dem Lande völlig unausführbar wären; z. B., daß jeder, auch verlängste Offizier, das Recht habe, eine eigene Stube zu verlangen etc. Nothwendig sei es auch den Vorspann ganz aufzuheben.

Abg. Oppert: Die Commission sei sich bewußt gewesen, daß sie nur Stückwerk liefern könne. Sie habe sich für den Gesetz-Entwurf entschieden, weil mit dem Eintritt der neuen regulirten Grundsteuer der Moment gekommen sei, in welchem die langverheissene Regulirung des Grundsteuerwesens in Kraft treten soll. Auf diesen Moment hätten die mit Einquartierungslasten befreiten Bürger seit 55 Jahren mit Sehnsucht geharrt. Er habe Gelegenheit gehabt den Druck der Einquartierungslast kennen zu lernen. In der Stadt Magdeburg sei beinahe der achte Mensch eine Militärperson. Die Stadt habe mehr als 30,000 R. für Militärquartiere ausgegeben und dabei lägen noch 319 Mann und 99 Pferde in Naturalquartieren. Er könnte die Klagen weit ausführen, aber er wisse, daß jeder Abg. reiches Material dazu besitzt, und daß man die nicht vergütigten Quartierleistungen des Landes mit 5—6 Millionen Thaler nicht zu hoch anschlage.

Abg. Dr. Langerhans: Die Anträge der Commission räumen der Reg. ein Recht ein, welches sie nicht mehr besitzt, das Recht, dem Volke Reallasten aufzulegen, welche durch die Einführung der Grundsteuer aufgehoben sind. Die Anträge gehen über die Erfordernisse hinweg, welche das Gesetz über das Servis- und Einquartierungswesen vom 17. März 1810 aufstellte. Nur die Marschquartiere dürfen als eine Last aufgelegt werden und auch für diese auf das Land Vergütung fordern. Ein Gesetz ist nothwendig, weil nach der gegenwärtigen Gesetzgebung jeder Privatmann berechtigt ist, die Naturalleistungen an garnisonirende Truppen zu verweigern. Doch entspricht der Antrag des Abg. v. Bonin den Bedürfnissen mehr, als die Vorschläge der Commission.

Abg. Waldbeck: Niemand verkennt die Wichtigkeit der Sache, aber dem Hause steht die Initiative nicht zu. Neben dem Militäretat ist die Einquartierung eine zweite Last, welche die Anträge der Commission nicht abnehmen. Einen Effekt können sie nicht haben, da sich die Regierung mit ihnen nicht einverstanden erklärt hat. Auch ist der gegenwärtige Zeitpunkt zur Berathung eines solchen Gesetzes nicht geeignet: die Einquartierungslast sei durch die Reorganisation erhöht und so, wie diese, müsse man auch die erhöhte Last für ungesehlich erklären.

Reg.-Commissar Geh. Rath Wollny: Die Regierung hat, um zum Ziele zu gelangen, daß die Vergütungssätze im Gesetz selbst ihre Feststellung finden, im ganzen Lande bereits umfassende Ermittlungen anstellen lassen, deren Prüfung und Sichtung in nächster Zeit erfolgen wird, so daß mit größter Wahrscheinlichkeit auf die Vorlage des Gesetzes in der nächsten Session gerechnet werden kann. Ganz entschieden muß sich die Regierung gegen die Ansicht der Commission erklären, daß das Land, die Communes und die Grundeigentümmer keine Verpflichtung mehr hätten die Einquartierungen auf sich zu nehmen. (Der Herr Commissar sucht dies aus den Bestimmungen des Servis-Reglements vom 3. 1810 nachzuweisen.) Desgleichen dagegen, daß diese Frage in irgend einer Verbindung mit der Grund- und Gebäudesteuer steht. Mit dem Ammendment v. Bonin ist die Regierung einverstanden.

Abg. Biegler: Wenn der Commissar des Kriegsministers sich in der Commission so bestimmt ausgesprochen hätte wie heute der des Finanzministers, die Arbeit der Commission wäre eine weit leichtere gewesen. Gerade der erstere habe sich durchaus nicht dazu herbeigeflossen, die Einquartierung als eine Staatslast zu bezeichnen. Diejenigen, welche sie übernehmen, haben das volle Recht auf Entschädigung und dies Recht steht allerdings mit dem Grundsteuergesetz in Ver-

bindung, wie der Bericht nachgewiesen. Daraus folgt nun allerdings nicht, daß man etwa sagen könne: wir brauchen nun die Soldaten nicht mehr aufzunehmen. Zwischen allen Contracten, und so hier zwischen den Rechten der Belasteten und der Regierung gehen die goldenen Fäden der Vernunft und diese bestimmt, das Militär nicht auf der Straße zu lassen. Die Sache ist zwar von etwas langweiligem Charakter, aber sie betrifft doch 4—5 Mill. R. jährlich, die ein neben dem großen Militäretat still fortlaufendes kleines Militäretat Budget darstellen. Redner erklärt sich für das Ammendment Bonin mit geringer Majorität angenommen. — Nächste Sitzung morgen.

Als Ergänzung zu unserem vorgebrachten Bericht über den Etat des Finanzministeriums, betr. Absetzung des Wartegeldes eines Polizeiraths mit 520 R., tragen wir aus dem stenogr. Bericht folgende Worte des Ref. Abg. Michaelis, nach: "Die Commission ist davon ausgegangen, daß, wenn die Regierung das Wartegeld nicht zahlen kann, sie den betreffenden Beamten (Polizeirath Niederstetter) entweder anderweitig mit vollem Gehalt placiren oder aber gegen ihn, wenn dazu Veranlassung vorliegt, und sie dieselbe bisher nicht benutzt hat, das Disziplinarverfahren einleiten muß, wenn sie glaubt, G.üde zu haben, ihn aus dem Amte zu entfernen."

Politische Uebersicht.

Die Nachricht, daß der erste Minister des preuß. Staates von einem Mitgliede des Abgeordnetenhauses wegen Aeußerungen, die er in der Function als Abgeordneter gethan, eine Genugthuung gesordert habe, die die Gesetze des Landes ausdrücklich verbieten und mit Strafe belegen, konnte nicht verschleiern, daß größte Aufsehen zu erregen, und man ist in hohem Grade darauf gespannt, wie sich die Organe der preußischen Justiz diesem offen vor aller Welt verhalten werden. Der Erwartung gemäß, welche der Präsident des Abgeordnetenhauses ausgesprochen hat, ist von dem Abg. Birchow ein Duell entschieden abgelehnt. Ueber die vorausgegangenen Verhandlungen berichtet die "Kreuzig." Folgendes: Herr von Bismarck hatte gesordert, Herr Birchow solle erklären, daß er nach Lesung der stenographischen Berichte sich überzeugt habe, wie Herr v. Bismarck die Aeußerungen, welche Dr. Birchow ihm zugeschrieben, nicht angemeldet habe, und daß er seine daraus begründete Erwiderung zurücknehme. Auch war Herr Birchow noch eine andere Erklärung zur Auswahl auheimgegeben, nach welcher er sagen würde, daß er Herrn v. Bismarck einer Unwahrheit ernstlich nicht habe anklagen wollen, und daß er, so weit dies in seinen neulichen Worten gefunden werden könnte, seine Aeußerung zurücknehme. Keine dieser Erklärungen wurde von Herrn Dr. Birchow angenommen, vielmehr für beide die Verbedingung gestellt, daß Herr v. Bismarck zuerst zu erklären hätte, wie er Herrn Birchow und die Commission durch seine Bezugnahme auf Herrn Hannibal Fischer nicht hätte beleidigen wollen. Herr v. Bismarck erneuerte das Verlangen anderweitiger Genugthuung aufs Bestimmteste. Hieraus erfolgte die schriftliche Antwort des Herrn Birchow, daß von ihm jede weitere Genugthuung abgelehnt werde. Hiermit wird die Angelegenheit als erledigt angesehen."

Uns schreibt man über die Duellangelegenheit von gestern Abend aus Berlin Folgendes: "Der Streit zwischen Birchow und v. Bismarck wird hier auf das Lebhafteste besprochen. Man fühlt, daß dieser Streit eine mehr als nur Ranges besitzt. Es handelt sich um den Gegenstand zwischen Vorurtheilen einer einzelnen Classe und dem auf sittlicher und religiöser Grundlage festgestigten Rechts- und Ehrgesetz des gebildeten Bürgertums. Baulich hatte der Abg. v. Hennig im Auftrage Birchow's mit dem Bevollmächtigten des Hrn. v. Bismarck verhandelt. Zu ihm kamen gestern zwei Studenten mit folgendem Aerbitten. Sie hätten gehört, sagten sie, daß zwei Generale sich erboten hätten, sich für Herrn v. Bismarck zu schieden, weil dieser zu Schade wäre, um möglicher Weise in einem Duell zu fallen. Sie aber meinten, daß es noch mehr Schade wäre um ihren Professor Birchow. Sie erböten sich daher, für denselben das Duell auf sich zu nehmen; auch wären nicht sie allein so gesessen, sie könnten vielmehr über handt ihrer Compagnen, die in gleicher Weise zu handeln entschlossen wären. Herr v. Hennig dankte natürlich mit den herlichsten Worten für das Aerbitten, erklärte ihnen aber zu gleich, daß von einem Duell überhaupt nicht die Rede sein könnte, da der Abg. Birchow eingedenk seiner Pflichten gegen das Abgeordnetenhaus und das Land sich keinen Falls auf einen Zweikampf einlassen werde."

Die Berliner "Ref.", welche an die Duellangelegenheit humoristische Bemerkungen knüpft, ist mit Beschlag belegt. Die heute hier angekommene Nummer theilt die Beschlagsnahme mit und fügt hinzu: "Wir sind mit dieser Maßregel im Grunde genommen einverstanden. Der Hr. Staatsanwalt wird nun offiziellen Anlaß haben, aus diesem Artikel Keuntius zu schöpfen von den Gerüchten, welche durchaus ungern auch in den anderen Berliner Zeitungen von einer Herausforderung zum Pistolenduell erzählen, die der Ministerpräsident Hr. v. Bismarck an den Abg. Prof. Birchow habe ergehen lassen; er wird sich erinnern, daß das Preußische Strafgesetzbuch in seinen Paragraphen 164—174 solche Unternehmungen unter die strafbaren rechnet und er wird demgemäß — wir sind dessen unter einem Justizminister um so sicher, der selber als Staatsanwalt ähnliche Energie zu entfalten hatte — seine Thätigkeit walten lassen. Einem solchen Resultate gegenüber soll uns dann der Ausgang dieser Verfolgung von untergeordnetem Interesse sein. Wie er auch sei, er wird uns weder den guten Willen noch das Bewußtsein des sittlichen Rechts verkümmern, Geizesüberschreitungen „ohne Ansehen der Person“ mit den Waffen, die uns zu Gebote stehen, des Zornes und des Spottes zu bekämpfen."

Der Sturm gegen das Abgeordnetenhaus, der wie auf Kommando durch alle Blätter und Blättchen faulste, das Webegeschei der gesinnungstüchtigen Vereine über die Verwertung der Marine-Anteile wird nach dem gestrigen Beschluß des Abgeordnetenhauses wohl etwas ins Stocken gerathen. Das Abgeordnetenhaus bietet der Regierung 1½ Millionen für die Marine mehr, als sie gefordert. Die Verhandlungen darüber und das Verhalten der Herren Conservativen und des Finanzministers ist in hohem Grade interessant. Man schreibt uns aus Berlin:

"Die heute erfolgte Annahme der Birchow'schen Ammendements zu dem Marine-Etat ist ein Ereignis, dessen Wichtigkeit für unsere innere Politik nicht unterschätzt werden darf. Für heute will ich nur auf einige Incidenzpunkte aufmerksam machen, die gleichwohl in hohem Grade charakteristisch sind. Der Finanzminister konnte sich in Abwesenheit des Kriegsministers nicht entschließen, mit einem bestimmten Ja oder Nein die von Birchow gestellte Frage zu beantworten, näm-

ich die, ob die Regierung die ihr mehr gebotenen $1\frac{1}{2}$ Mill. annehmen und zu dem bezeichneten Zwecke verwenden wolle. Aus seiner ganz unbestimmt gehaltenen Erklärung schien hervorgehen zu sollen, daß die Regierung bei der Sache sich indifferent verhalten müsse, weil die betreffenden Summen im Budget und aus den vorhandenen Mitteln, nicht aber aus dem Ertrag einer neu zu emittirenden Anleihe bewilligt wären. Ferner ist es bemerkenswerth, daß nur die kleinere Hälfte der gegenwärtigen Fortschrittspartei für die Amänderungen votirte, während die größere Hälfte theilsweise aus dem Grunde gegen sie stimmte, weil die Regierung dieselben nicht verlangt, ja sich eher ablehnend, als annehmend gegenüber verhalten habe. Ein Theil der conservativen Seite des Hauses stimmte gegen die Birkow'schen Amänderungen. Ob diese Herren überhaupt keine Flotte wünschen, oder ob sie meinen, daß die Regierung nur von geliehenem, nicht aber von schon erworbenem Gelde eine Flotte bauen wolle, lasse ich dahingestellt.

5 Berlin, 9. Juni. In allen hiesigen städtischen Bezirken wird folgende Adresse an den Abg. Birkow mit Tausenden von Unterschriften betext:

"Hochgeehrter Herr! Die Unterzeichneten sagen Ihnen den wärmsten Dank dafür, daß Sie durch Ablehnung des Ihnen zugemutheten Duells den Muth gezeigt haben, einem widerständigen Vorurtheile mit Entschiedenheit entgegenzutreten. — Wie wir Sie seit zehn Jahren kennen, so haben Sie auch durch diese Handlungsweise sich wieder als treuer und unerschrockener Mann bewährt."

(Vgl. Bör. Blg.) Vor einer Reihe von Jahren hat der jetzige Ministerpräsident, damals eben als Gesandter beim Bundestage eingesetzt, den Redakteur des "Kladderadatsch", Hrn. Dohm, auch fordern lassen. Zum Schießen kam es auch damals nicht, im Gegenteil, die feindliche Begegnung ging über in eine freundliche Beziehung, und — Hr. v. Bismarck ward geschätzter Correspondent des "Kladderadatsch".

Da Hannibal Fischer neuerdings wieder erwähnt ist, so mag auch der Erklärung gedacht werden, mit welcher der damalige und jetzige Finanzminister v. Bodenbawingh dem Auctionator auf dessen Angebot, Preußen und Österreich möchten sich ohne Vergütung in den Rest der deutschen Flotte teilen, entgegnete: „Er sei ihm höchst verblüfft für das interessante Ressentiment, mit dem er den preußischen Staat zu bestimmen gescheute. Er werde sich aber berausfinden, ein solches die Finanzen wie mit einem unverhältnismäßigen Vampyr bedrohendes G. schenk sich mit allen Kräften vom Leibe zu halten. Preußen politische Macht finde er in der Aufrechterhaltung eines tüchtigen Finanzstandes weit sich er begründet, als in der Ausdehnung seiner militärischen Kräfte und deren Versplitterung auf eine der Situation des Staates in kriegerischen Bezug entsprechende Kriegsmarine“ &c. Das sagte der damalige Finanzminister, wie verhält sich der jetzige dazu?

(Volksatz) Es waren begreiflicher Weise gestern in der Stadt die abenteuerlichsten Gerüchte über die Duellsuche zwischen dem Ministerpräsidenten und dem Abg. Birkow verbreitet. Man sprach sogar davon, daß letzterer verhaftet worden sei. Veranlassung zu letzterer Annahme mußte die allerdings in auffallender Weise angeordnete polizeiliche Überwachung desselben gegeben haben, da von dem Abgeordnetenhaus bis zur Charité, wie es schien, eine förmliche Chaine von Polizeibeamten in Civil aufgestellt war. Fürchtete man, daß der Professor Birkow die Herausforderung angenommen habe und wollte nun die Polizei das Duell hindern? — oder was war sonst der Zweck dieser auffallenden Maßregel?

Der militärische Correspondent der "Magd. Blg." heilt ein Gericht mit, daß das noch nicht besetzte Commando des 8. Armeecorps für den Kriegsminister v. Noor offen erhalten werde. Dieser Nachricht wird wohl scheinhaft widergesprochen werden.

* Der Großherzog von Oldenburg geht Mitte des Monats nach Carlsbad.

* Wie die "Ancl. Blg." berichtet, hat S. M. der König in Anklam auf dem Bahnhofe in sehr entschiedenen Ausdrücken seine Missbilligung darüber ausgesprochen, daß das Abgeordnetenhaus die Militärreorganisation noch nicht bewilligen wolle. Das werde auch nicht anders werden, als bis andere Abgeordnete nach Berlin geschickt würden. Im Lande, wisse er, müsse es doch nicht so schlimm sein, wie man es mache, im Rheinlande habe man ihm unendlichen Jubel und die herzlichsten Dankesworte entgegengebracht und so überall, wohin er auf seiner Reise gekommen. Sodann fragte Se. Maj., wie hier zuletzt gewählt sei und als berichtet wurde, daß die Wahl liberal ausgesessen sei und auf weitere Fragen die Namen der Gewählten genannt wurden, wies Se. Majestät darauf hin, daß das nächste Mal besser gewählt werden müsse. Man solle sich dies ja recht dringend einprägen und nicht wieder dieselben Abg. schicken.

Im Januar erschien im "Görl. Anzeiger" ein kurzer Artikel, in dem die Schimpfworte, deren sich der Kalender des preußischen Volkevereins gegen das Abgeordnetenhaus, die Turner &c. h. dient, angeführt und mit der Frage begleitet wurden, was wohl einem liberalen Blatte bevorstände, das seine Gegner in solcher Weise angriffe. Der Artikel des "Görl. Ans." ist damals nicht bearbeitet worden. Jetzt ist aber wegen Beleidigung der Staatsanwaltschaft nachträglich in Görlitz die Autizage erhoben.

Posen, 8. Juni. Der "Nadwiślanin" läßt sich aus der Provinz Posen schreiben: "Die (russfreundliche) Partei Wielopolski's wächst zu einer Macht heran, und es bedürfte nur ein Nachgeben Seitens Russlands, Erleichterung des Handels, des Reiseverkehrs und Gewerbes und anderer den Wohlstand hebender Mittel, und Russland würde eine große Anzahl Bankelmüthiger für sich gewinnen. Angesichts eines Compromisses zwischen Italien und Rom erscheint auch ein solches zwischen Russland und Polen möglich. Das eine Wort unabhängiger und durch Patriotismus ausgezeichneter Männer, denen persönlicher Ehrgeiz nicht zur Last gelegt werden kann, daß Polen in Russland aufzugehen wünscht, eröffnet nicht nur die Grenzen Litauens und Kurlands, sondern auch des ganzen europäischen und asiatischen Russlands der polnischen Industrie (z. B. der deutschen Industrie in Polen), es eröffnet zugleich uns die Stellen in der Armee und Verwaltung."

Schneidemühl, 7. Juni. (P. 3.) In der vergangenen Nacht ist der beim Bahnbetriebe auf dem hiesigen Bahnhofe beschäftigte Arbeiter Thielemann hier selbst durch den Courierzug totgeschlagen worden.

* Das Organ des Staatsministers v. Schmerling, der Wiener "Botsch.", enthält einen sehr ironischen Leitartikel über die letzte Rede des Hrn. v. Bismarck im Abgeordnetenhaus und setzt dem Sage desselben "Kein Kiel, kein Geld" den Soz zur Seite, den es für den richtigen und wichtigeren hält: "Ohne Österreich kein Kiel".

Frankreich. Paris. Der "Moniteur" meldet aus London, Herr Adams habe dem britischen Cabinet mitget-

theilt, daß Jefferson Davis wahrscheinlich hingerichtet werde.

Auch die französische Regierung hat nun diejenigen Maßregeln angeordnet, nach welchen in ihren Häfen die Kriegsschiffe der Conföderierten nicht mehr als Schiffe einer kriegsführenden Macht angesehen werden.

Russland und Polen. △* Warschau, 9. Juni. Wieder einmal wird versichert, daß der Großfürst Constantin nächstens hierher kommt, um die Statthalterschaft des Königreichs Polen zu übernehmen. Diese Nachricht, welche merkwürdiger Weise noch viel Glauben findet, wird im Volle mit um so allgemeinerer Zufriedenheit aufgenommen, als man der Ueberzeugung ist, daß eine Politik der Versöhnung für Polen die einzige richtige ist, während das gegenwärtig hier herrschende System des Drucks und der Verfolgung die Achtung vor der Regierung vernichten muß und früher oder später einen Ausbruch der Verweiflung zur Folge haben kann. — Die Aushebung zum Militair im Königreiche, die schon im Februar statthaben sollte, ist ansangs verschoben worden, und jetzt wird von derselben merkwürdiger Weise gar nicht mehr gesprochen. Es scheint daher, daß auch in dieser Beziehung wesentliche Änderungen für Polen eintreten sollen, und daß die militärischen Reformpläne auch hierauf sich erstrecken. Von diesen Reformplänen wird versichert, daß sie binnen 2 Monaten zur Ausführung kommen sollen. Über deren Inhalt wird Mannigfaches gesprochen, Bestimmtes jedoch verlautet nicht. Inzwischen gehen die Kriegsgerichte ihren Gang, jedoch muß man gestehen, daß weder die Untersuchungen noch die Urtheile mit der Unmöglichkeit wie früher geführt und gefällt werden. Vor einigen Tagen sind an 50 politisch Verurtheilte nach Sibirien transportiert worden, darunter 3 Personen, welche die Österreichische Regierung hierher ausgeliefert hatte. Diese 3 Personen waren vom Kriegsgerichte zum Tode verurtheilt, das Urtheil jedoch auf 15—20 Jahre sibirische Bergwerksarbeit gelindert. Alle drei sollen Mitglieder der Nationalregierung gewesen sein. — Die Eisenbahnarbeiten nach Podz sind bereits in Angriff genommen, und wird man noch vor Ablauf dieses Jahres nach Podz per Eisenbahn kommen können. — Jüngst fand hier in der Schatzcommission eine Licitation über den Transport des hier bekanntlich von der Regierung monopolistischen Salzes, das aus Wieliczka auf der Weichsel hierherkommt, statt. Die alten Transporte haben das Geschäft auf weitere 5 Jahre übernommen. Die Conurrenz war so stark, daß der Transportpreis um 15 Prozent erniedrigt wurde, woraus der Regierung für die 5 Jahre eine Ersparnis von $1\frac{1}{2}$ Mill. Gulden erwächst.

Danzig, den 10. Juni.

* Für den "Verein zur Rettung von Schiffbrüchigen" sind ferner eingegangen: Von Herrn Frd. Gade u. Son aus London 30 R., J. R. Claassen 10 R. und 1 R. jährlich, D. Hirsch 10 R. u. 2 R., Perlbach jun. 10 R. u. 2 R., A. v. Franzius 25 R. u. 2 R., C. H. Janssen 10 R. u. 1 R., Carl Voje 10 R. u. 1 R., F. Behrend 25 R. u. 2 R., R. v. Franzius 50 R. u. 2 R., G. F. Reinhold 25 R. u. 4 R., Storzer u. Scott 25 R. u. 4 R., Gibbons u. Co. 50 R. u. 5 R., W. Wirthschaft 25 R. u. 1 R., A. Sichtan 5 R. u. 2 R., Herrn. Cohn 5 R. u. 1 R., S. Meyer 5 R. u. 2 R., R. Kloß 5 R. u. 1 R., Mor. Köhne 10 R. u. 1 R., Biber u. Henkler 10 R. u. 2 R., W. D. 20 R., C. H. Zimmermann 5 R., v. Graß (Starzini) 50 R., R. Wendl 25 R., Th. Schirmacher 20 R., Nottenburg 3 R. jährlich, Mellien 3 R. jährlich, Mich. v. Döhren 2 R. jährlich, A. Levin 3 R. jährlich, H. Kortenbeil 3 R. jährlich, Wittmaack 5 R. jährlich, W. Moritz 3 R. jährlich, Hybbeneit 2 R. jährlich, M. Danziger 1 R. jährlich, H. Potras 1 R. jährlich.

* In nächster Woche wird zum Besten des "Vereins für Rettung Schiffbrüchiger" ein Concert stattfinden, das mit Rücksicht auf den schönen Zweck sich der allgemeinsten Theilnahme zu erfreuen haben dürfte. Die Capelle wird aus 23 Schiffssingen S. M. Kriegsbrigads "Mosquito" und "Rover" bestehen.

* Langasse Nr. 30 fand heute Morgen kurz nach 10 Uhr ein Schornsteinbrand statt. Die Feuerwehr überwachte denselben bis die Gefahr beseitigt war.

* Vor wenigen Tagen spät Abends wurde ein von Ohra nach Stadtgebiet beimehrender Arbeiter von einem andern ohne irgend welche Veranlassung mit dem Messer angefallen und durch einen tiefen Schnitt von der linken Schläfe bis zum Halse für lange arbeitsunfähig gemacht. Es ist gelungen, den Angreifer zu ermitteln und zur Bestrafung zu ziehen.

* Gestern fand auf dem an der Weichsel gelegenen Arbeitsplatz ein Exceß statt, indem die zeither dort beschäftigten Arbeiter einen Zuwachs von andern bisher an der Eisenbahn beschäftigten Arbeiter nicht dulden wollten und sie durch Misshandlungen zu vertreiben sich unterließen. Es sind polizeiliche Maßregeln zur Vermeidung von weiteren Excessen getroffen worden.

* Einem dem Trunk sehr ergebenen Arbeiter ist von einem Schankwirth in Schildis und dessen Gehilfen wiederholt die Verabreichung von Branntwein verweigert worden. So auch gestern Abend wieder, da sich der darüber ergrimmte Trunkenbold einem neben ihm stehenden Soldaten unverhohlen und plötzlich den Säbel aus der Scheide, hielt damit rücksichtlos auf den Wirth und seinen Gehilfen ein und verwundete sie erheblich. Nur mit Mühe gelang es, ihn zu überwältigen und zu verbauen.

* Mit dem 15. d. Mon. wird in Kahlberg auf der frischen Nehrung eine Post-Expedition in Wirklichkeit treten. Die neue Postanstalt erhält ihre Verbindung durch eine Botenpost, welche täglich, ausgenommen Sonntags, von und nach Stutthof courtiert. Der Gang der Post regelt sich nach dem jedesmaligen Gauge der Danzig-Stutthof-Post. Außerdem wird während der Badaison in Kahlberg (15. Juni bis 15. Septbr.) eine Verbindung zwischen Ebing und Kahlberg durch die zwischen diesen Orten konstrenden Dampfschiffe hergestellt.

Bei dem Gymnasium zu Thorn ist dem Oberlehrer Dr. Hirsch das Prädicat "Professor" verliehen und die Förderung des ordentlichen Lehrers Fritzsche zum Oberlehrer genehmigt worden.

± Thorn, 9. Juni. Die Handelskammer hat, wie ich dies seiner Zeit mitgetheilt habe, im October v. J. und wiederholt Ende Mai d. J. an den Magistrat das Gesuch gerichtet, daß derselbe sich bei den betreffenden Reg. Militärbehörden um die zulässig mildeste Anwendung der Rayonsgesetze verweise. Die vorgenannte Behörde hatte bei diesem Gesuch das Bedürfnis sowohl der Bevölkerung wie insbesondere der Gewerbetreibenden im Auge, sich in Folge der Beschränktheit und des hohen Preises von Raum innerhalb der Stadtmauern über diese hinaus in der nächsten Umgegend der Stadt auszubreiten und dort theils Wohngebäude, theils gewerbliche Etablissements zu begründen. Auf dieses Gesuch erwiedert nun der Magistrat (Polizeiverwaltung): "daß seinerseits über die Mängel des Rayongesetzes gutachtlich und ausführlich längst Bericht erstattet worden ist, und einige mildere Grundsätze in der Ausführung auch Geltung erhalten haben, daß aber eine wesentliche Abhilfe nur im Wege der Gesetzesgebung zu gewähren ist, und zur Zeit keine Veranlassung vorliegt, in dieser Beziehung Anträge zu stellen, deren Erfolg bei der gegenwärtigen politischen Lage keine Aussicht hat".

* Das Organ des Staatsministers v. Schmerling, der Wiener "Botsch.", enthält einen sehr ironischen Leitartikel über die letzte Rede des Hrn. v. Bismarck im Abgeordnetenhaus und setzt dem Sage desselben "Kein Kiel, kein Geld" den Soz zur Seite, den es für den richtigen und wichtigeren hält: "Ohne Österreich kein Kiel".

Im Monat Mai c. sind aus Polen auf Bahnhof Thorn eingegangen: 104,589 Z Weizen, 178,761 Z Roggen, 11,269 Z Vorsten, Rösshaare und Felle, 550,157 Z Kalt, 55,379 Z Kienbl, 13,905 Z Deluchen und 210,056 Z Kohlen. — Seit Ende voriger Woche liegt eine große Zahl Kähne vor der Stadt, von denen die Mehrzahl mit den hier lagernden Getreidevorräthen befrachtet wird. Vor dem Feste war die Nachfrage nach diesen Fahrzeugen sehr groß. — Der seit dem Pfingstfeste fast täglich fallende Regen hat den Weizen und der Sommerung sichtbar sehr empor geholfen. — Die Wollzufuhren behufs Ablieferung mehren sich von Tage zu Tage.

Vorsendepeschen der Danziger Zeitung.
Berlin, 10. Juni 1865. Aufgegeben 2 Uhr 15 Min.
Roggen behauptet, Ostwr. 3½% Pfandbr. 84½ 84½
loco 38½ 38½ Westpr. 3½% do. 84½ 84½
Juni 38 38 do. 4% do. 93½ —
Sept.-Oct. 40½ 40½ Preuß. Rentenbriefe 96½ 97½
Rübel Junr. 13½ 13½ Deut. National-Anl. 70½ 70½
Spiritus do. 13½ 13½ Russ. Banknoten 81 80½
5% Pr. Anleihe 105½ 105½ Deut. Crdt.-Act. — 115½
4½% do. 102 102 Deut. Credit-Aktien. 84½ 84½
Staatschuldsch. 91½ 91½ Wechsels. London 6.2.3½ —

Danzig, den 9. Juni.
np [Wochen-Bericht.] Von Sonnabend bis Dienstag hatten wir recht fruchtbare Regenwetter und blieb seitdem die Witterung kühl und veränderlich. In England anhaltend fruchtbare Witterung. Weizengeschäft höchst beschränkt und Preise gedrückt. An unserer Börse wurden ca. 1300 Lasten Weizen, worunter 100 Lasten alter Qualität, zu unveränderlichen Preisen gekauft. Ausstellung Klein, Kauflust nur ganz vereinzelt. Bezahlt wurde: 127/8 Z alter bunter Weizen Z 450, frisch 119/20—125 Z bunt Z 340—385, 126—127 Z Z 395—405, 127 Z hellfarbig Z 390, 128 Z gut bunt Z 400, 125/6 Z weiß Z 408, 129—130/1 Z feinbunt Z 405—410, 128/9—129/30 Z hellbunt Z 412½—427½, 130, 131 Z fein hellbunt Z 430, 132/3 Z hochbunt 437½. Alles Z 5100 Z. — Von Roggen wurden circa 350 Lasten zu festen Preisen gehandelt, mattre. Berichte des Auslands und die weichenden Berliner Notirungen blieben aber nicht ohne Einfluß und werden momentlich billiger offerirt ohne Beachtung zu finden. Bezahlt wurde: 116/17—119/20 Z Z 2—245, 122—123 Z Z 251—255, 124/5—126/7 Z Z 260—264 Z 4910 Z. — Erbsen weniger beachtet und nach Qualität, für Futtererben Z 250—265, für Körberben Z 345—350 bezahlt. — Die dieswochentliche Spirituszuflur, aus ca. 15,000 Quart bestehend, wurde zu 14% — 14½ Z 8000% verkauft.

Danzig, den 10. Juni. Bahnpreise.
Weizen gut bunt, hellbunt, hochbunt, 120/3—125/26—128/29—130/32 Z v. 57½/60—62/65—67/70—72/75 Zr; alter 130/2—133 Z von 75—80/81½ Zr. Alles Z 85 Z. Roggen 120/124—126/128 Z von 41/43—44/45 Zr. Z 81½ Z. Erbsen 55—59 Zr. Gerste, kleine 106—110/12 Z von 33—34/35 Zr. do. große 110—118/119 Z von 32—35/36 Zr. Hafer guter bis 30 Zr. — Spiritus ohne Befuhr. Getreide-Börse. Weiter: stürmisch. Wind: SW. Unser Markt war heute wieder schwach mit Weizen zugeführt; die Stimmung im Allgemeinen ist flau für diesen Artikel, 100 Lasten sind jedoch für Completirung der Schiffe gehandelt und mußten leste Preise dafür wegen der geringen Auswahl bewilligt werden. 128/9 Z rote Z 375, 125/6 Z bunt Z 295, 125/6 Z hell Z 405, 131, 132/3 Z Z 442½, Z 44, 132 Z alt dunkelbunt Z 435 Z 85 Z. — Roggen billiger, 120 Z. befest Z 240, 120/17 Z Z 288 Z 81½ Z. Auf Lieferung geschäftes. — Spiritus ohne Befuhr.

Fondsbörse.

Berlin, 9. Juni.

B.	G.	B.	G.
Berlin-Anh. E.-A.	19½	193½	53
Berlin-Hamburg	144	—	Staatsanl. 91½
Berlin-Potsd.-Magd.	22½	22½	Staats-Pr.-Anl. 1855
Berlin-Stettin Pr.-O.	101½	—	Ostpreuss. Pfadbr.
do. II. Ser.	—	92½	Pommersche 3½% do.
do. III. Ser.	—	92½	do. do. 4%
Oberschl. Litt. A. u. C.	172	171½	Posensche do. 4%
do. Litt. B.	153½	15½	do. do. neus
Oesterr.-Frz.-Stb.	113½	—	Westpr. do. 3½%
Insk. b. Stgl. 5 Anl.	75½	74½	do. 4

Freikirchliche Gemeinde.

Sonntags, den 11. Juni, kein Gottesdienst.
Gestern Nachmittag 5 Uhr wurde meine ge-
liebte Frau Marie, geb. Schwedtger,
von einem muntern Mädchen glücklich entbunden.
Danzig, den 10. Juni 1865.

[5414] Victor Siegan.

Die am 7. d. M. erfolgte glückliche Entbin-
dung meiner lieben Frau von einem kräfti-
gen Knaben, beeindruckt mich ergebenst anzugezeigen.

H. Wegner,

[5404] Ossasewo.

Auction über ein herrschaft-
liches Mobiliar.

Dienstag, den 13. Juni cr., Vormit-
tags von 9 Uhr ab, sollen in dem Hause
Fleischergasse 34 wegen Ortsveränderung:
1 elegante Damentollete, 1 Büffet,
1 Schreibsecretair, Bücher, Et-, Blei-
lers, Kleider- und Wäscherechränke, div.
Sophas, 1 Sesselsetzel, Sopha, Spiel-,
Blumen-, Beiz- und Küchentische, 1 lan-
ger bezog. Tisch, Stühle mit und ohne
Rohrleisten, Bettgestelle mit Anschraube-
Tischen, theils in nußbaumenen und ma-
bagoni Fournieren, theils in Eichen, Bir-
ken- und Fichten-Holz, desgl. Spiegel in
Barockrahmen, Haarmatten und Kellissen,
schöne herrschaftliche und gute Gesindebet-
ten, ganz vorzügliche engl. Glas- und Kry-
stallvasen, 1 Porzellan-Tisch-Service, engl.
Messer u. Gabeln, 4 silberne Taf.-Löffel-
ter, neuzeitliche und plattirte Arm-
leuchter, Wirtschaftsgeräthe, Küchenges-
chirr, ferner Damastvorhänge in verschie-
denen Farben, ischden, 1 Stubenepic, eine
kl. Sammlung engl. Kläffäler und
deutscher Literatur,
mit zweimorlicher Creditbewilligung für be-
kannte Käufer, versteigert werden, wozu ich mit
dem Bemerkern ergebenst einlade, daß die Ge-
genstände am 12. Juni, Nachmittags, b. sichtig
werden können.

[5350] Nothwanger, Auctionator.

Das hierseitige velegene, früher H. C. Schil-
ling'sche Hotel, in welchem sich neben ge-
räumigen Küchen, 26 Zimmer, Stallungen für
70-80 Pferde und große Speicherräume befin-
den, wozu ferner ein ca. 1½ Morgen großer Hof-
raum und ein ca. 1½ Morgen großer Garten mit
Reitbahnen gehörend, soll mit vollständigem
Inventarum, Möbel, Betten, Wäsche
etc., im Termine den

30. Juni cr., Vormittags 11 Uhr,
in meinem Bureau hier selbst
öffentlicht aus freier Hand unter günstigen
Bedingungen für den Käufer meistbietend
verkauft werden.

Das Grundstück eignet sich auch zu jeder
anderen gewerblichen oder Fabrikalange und
kann auf Wunsch des Käufers auch ohne Inven-
tarum verkauft werden.

[5247] Stolp, den 2. Juni 1865.

Henkel, Justiz-Rath.

Die zur Commerzienratb. J. Grunau'schen
Concurs-Masse gehörige, unter der Hypo-
thekennummer Neustadt 167 c. 170 d zu Brauns-
berg belegene „Große Amts-mühle“ soll
vom 1. Juli c. anderweitig auf ein Jahr ver-
pachtet werden.

Bur Ermittelung des Meistbietenden habe
ich einen Termin auf

den 22. Juni cr.,

Vormittags 11 Uhr,
in dem zu verpachtenden Etablissement an-
bietet. Die näheren Pachtbedingungen werden
im Lizitations-Termine selbst mitgetheilt wer-
den, doch bin ich auch schon vorher darüber, so
wie über die sonstigen Verhältnisse der Mühle
Auskunft zu erhalten jederzeit bereit.

Elbing, den 8. Juni 1865.

Für den definitiven Verwalter der Com-
merzien-Rath J. Grunau'schen
Concurs-Masse,
Rechts-Anwalt von Hordenbed,
dessen General-Substitut,
Toldorff,
Gelehrte-Aussfor.

[5413]

Über Guts-Bekäufe
in jeder Größe, in Preußen, Pommern und
Posen, ertheilt Auskunft
H. Rob. Jacobi in Danzig,
Brugasse 64.

Meine Festung „Friedrichswalde“, hart an
der Rautenberger Chaussee und an der Post-
station Rautenberg angrenzend, mit einer Grund-
fläche von 650 Morgen, lebendem und todom
Inventarium, Kirche, Pfarrerhaus, Schulge-
bäude, Gaswirtschaft, verbunden mit Manufac-
tur- und Material-Geschäft, die einen Reinertrag
von 400 R. jährlich abwerfen, bin ich aus
freier Hand beabsichtigt, sofort unter so-
liden Bedingungen zu verkaufen willens und
belieben nur Selbstkäufer sich direct an
mich zu wenden.

Friedrichswalde per Rautenberg, im
Juni 1865.

[5299] Carl Siebe.

Mittergüter und Besitzungen
jeder Größe, Lage u. jeden Preises, weist nach

[5419] E. Bach, Hundegasse 6.

Ein zweistöckiges, im besten baulichen Zu-
stande befindliches und im lebhaftesten
Stadttheile Elbings gelegenes Haus,
welches sich seiner Lage nach besonders zum
Geschäftsbetrieb eignet und zu dem auch
Land gehört, ist sofort aus freier Hand unter
günstigen Bedingungen zu verkaufen.

Daselbe bringt gegenwärtig ca. 400 R.
Miete.

Näheres ist in der Neumann-Hart-
mann'schen Buchhandlung und in der Exped.
d. Sta. zu erfahren.

[5398]

Eine eichene mit vieler Bildhauer-Arbeit ver-
zierte, 16 Fuß hohe Wendeltreppe, die der
im Rathause an Schönheit nicht viel nachsteht,
bin ich Willens zu verkaufen und wird solche
den Kunst- und Bauunternehmern bei großen
und kleinen Bauten empfohlen. Dergleichen
eine eichene Stubenbüür mit vieler Bildhauer-
Arbeit. Zu besichtigen Brodbantengasse Nro. 24,
1 Treppe hoch.

[5400] Carl Gunk.

Carl Gunk.

F. Ad. Schumann's
Porzellan-Niederlage, Wollwebergasse Nro. 9,
empfängt aufs Neue eine große Auswahl
Alleschüss-Porzellan.
NB. Decorirte Thee- und Tafelservices sind wieder in geschmackvollen
neuen Mustern eingetroffen.

Ein guter Flügel, 6 Oct. und ein elegantes
Pianino, 7 Oct. sind zu verkaufen Lang-
gasse 55, eine Treppe.

[5403]

Aufträge auf die allbekannten und sich als vor-
züglich bewährten Universal-Decken, so
wie auf die präparierten und gediehenen Ma-
schinenlederriemen des Herrn A. Lipowits in
Berlin nimmt für Danzig und Umgegend nur
allein entgegen

[3295] Hugo Scheller, Gerbergasse 7.

Englische Einmachekunen mit lustdicht
schließenden Patentdeckeln empfiehlt en gros
und en détail

Hugo Scheller,
Danzia, Gerbergasse 7.

Wechtes Drausen-Dach-
ohr empfiehlt

Alex. Mielke, Stadtgebiet No. 25.

80 Mutterschafe und 100 Ham-
mel stehen in Brandau per
Marienwerder zum Verkauf.

Matjesheringe, Tafelbutter, Salami-Wurst, holländischen und
Edamer-Käse empfiehlt

Carl Jansen, Heiligegeiststrasse 124.

Feinstefrische Gras-
Tafelbutter
erhalte ich,
von einem
der grössten Güter täglich zugesandt und
empfiehlt selbige, um grösseren Absatz zu er-
zielen, zu billigen Preisen.

C. W. H. Schubert,
(534) Hundegasse 15.

NB. Auf Bestellung lie-
fere ich die Butter auch
eingeschlagen.

Weisse Korbmacher - Wei-
den, à Schod 10 u. 12 R., empfängt

L. A. Janke.

Ein Comptoir nebst Kabinett und Keller ist
Hundegasse 41 zu vermieten.

[5421]

Jungen Männern, die sich zu wissenschaftlichen
Prüfungen vorbereiten, ist Unterricht zu er-
theilen bereit

[5395]

Prediger de Beer Sandarube 6.

Die Inspector- und auch die Brennerstille in
Leipzg sind bereits wieder besetzt. Dies
zur Nachricht für diejenigen, welche sich gene-
det und noch keinen Vertheid erhalten haben.

Leipzg, den 7. Juni 1865.

[5397]

Hoene.

Ein gepr. Hauslehrer, Seminarist, musit, auch
in fremden Sprachen fähig, Knaben zur

Aufnahme nach O. resp. I eines Gymnasiums
vorzubereiten, sucht ein anderdtäliches Engage-
ment. Off. a. d. Exp. d. Sta. unter No. 5396.

Ein junger Mann mit guten Zeugnissen (nulli-
tarreich), der gegenwärtig in einer kreisstaat-
Westpreußens als Leibschreiber fungirt, sucht
eine andeweite annehmbare Stellung. Gefällige
Offerter nimmt die Expedition dieser Zeitung
unter No. 5409 entgegen.

Für ein vielseitiges Detail-Gehörd wird ein
gewandter, gut empfohlener Gehilfe gefucht.
Nur selbstgeschriebene Melougen mit Angabe
der Referenzen nimmt die Expedition dieser Zeit-
ung unter No. 4813 entgegen.

Seebad Zoppot.

Hiedurch beeidle ich mich, die Eröffnung der
warmen und kalten Seebäder, so wie der Res-
tauration des Kurhauses, ergebnis anzugeben.

Zoppot, den 9. Juni 1865.

[5380]

Böttcher.

Specht's Etablissement
in Heubude.

Sonntag, den 10. Juni: Concert vom
Musikcorps des 1. Leib-Guiaren-Regts. No. 1.
Auffahrt der Dampfsöde vom Johannisbore
Morgens 8 Uhr, von Heubude um 12 Uhr
Mittags.

Nachmittags Auffahrt vom Johannisbore
um 2, 2½, 3, 3½ und 5 Uhr, zurück um 8 und
9 Uhr Abends. Die Dampfsöde hat mit einer
Tafel versehen mit der Aufschrift „Heubude“.

Anfang 4 Uhr. Entrée 1½ R.

Zu recht zahlreichem Besuch lädet ergebenst
ein

Specht. (4865)

Selonke's Etablissement.

Sonntag, den 11. Juni:
Große Extra-Vorstellung,

ausgeführt vom gesammten Personale, in wie
Concert der Kapelle. U. A.: Schottischer
Nationaltanz, getanzt von Fil. Weylopfi u.
Herrn Cottrell. Komisches Duett von Fr.
Grey und Herr Panzer.

Bestiegung des hohen Thurmseils.

Anfang 4 Uhr. Entrée wie an Wochen-
tagen.

Montag, 12. Juni:

Abschieds-Benefiz
für die Herren Cottrell und Gebr.
Becker. (5411)

Victoria-Theater.

Sonntag, den 11. d. M. zum 1. Male:
Kliffe und Pfiffe, oder ein verlorne
Mädchen, Posse mit Gesang in 3 Acten und
8 Bildern von Salinger und Waller.

Montag, den 12. d. M. dieselbe Vorstellung.

Ich erkläre hiermit, daß ich nicht
der Correspondent dieser Zeit-
ung bin.*

Berent, den 10. Juni 1865.

[5402]

W. Schumann.

* Nichtia.

Die Exp. d. D. Bzg.

Druck und Verlag von A. W. Kazemann
in Danzig.

Hierzu eine Beilage.

NEERLAND.

Lebens-Versicherungs-Gesellschaft zu Amsterdam.

Concessioniert für Preußen durch Ministerial-Rescript vom 21. August 1863.

Die Gesellschaft übernimmt Lebensversicherungen jeder Art zu billigen festen
Prämien und unter höchst günstigen Bedingungen; insbesondere empfiehlt sie ihre zu Geldanlagen
vorzugsweise geeigneten, auf verschiedene Dauer mit und ohne Gegenversicherung errichteten
Lebenslebenskassen.

Zur Ertheilung jeder gewünschten Auskunft und zur Entgegennahme von Anträgen sind die
Unterzeichneten und die übrigen Vertreter der Gesellschaft jederzeit bereit.

In Städten und Dörfern, wo die Gesellschaft noch nicht vertreten ist, werden Agenten
gesucht und unter liberalen Bedingungen angestellt.

Richd. Dühren & Co. in Danzig,

General-Agenten für Westpreußen,

Voggenvahl Nro. 79.

[4416]

Die Kunststein-Fabrik

von Berndts, Privat-Baumeister,

DANZIG

Lastadie No. 3 u. 4,

BROMBERG

Wilhelmsstrasse No. 46,
empfiehlt Treppenstufen, Röhren
zu Wasserleitungen in allen Dimen-
sionen, Brunnensteine, Pferde- und
Kuhkrippen, Schweinetröge, so wie
Vasen und Gartenfiguren. Nicht
vorhandene Gegenstände werden
auf Bestellung angefertigt.



Englische glasirte Steinröhren

zu Wasserleitungen etc. empfiehlt billig

Hugo Scheller, Gerbergasse 7.

Reichenhaller Butterlaugen-Extract

zu Bädern

in fester Form zu 1 Silbergroschen, flüssig um ½ Silbergroschen für das Bollpfund, ab der Fabrik,
bringen wir bei herannahender Verbrauchszeit in Erinnerung.

Fabrik Heusfeld, an der München-Salzburger Eisenbahn.

Die Direction.

Wiederverkäufer

Beilage zu No. 3048 der Danziger Zeitung.

Sonnabend, den 10. Juni 1865.

(W.T.B.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Razeburg, 9. Juni. So eben wurde der Lauenburgische Landtag durch den Landtagsmarschall eröffnet. Das Präsidium wird das Antwortschreiben des Herrn v. Bismarck auf die Adresse der Lauenburgischen Ritter- und Landschaft dem Landtag mittheilen. Die Sitzung war wie gewöhnlich geheim.

Razeburg, 9. Juni. Der Landtag wird nach erledigter Tagesordnung wieder geschlossen werden. Dem Vernehmen nach dankt der preußische Ministerpräsident in seiner in der Sitzung des Landtages verlesenen Antwort für die durch die Deputation überreichte Adresse des Landtages und verspricht, daß das Mögliche gethan werden soll, um die von dem Landtage ausgedrückten Wünsche zu erfüllen. Wie man vermutmt, hat diese Mittheilung keine Discussion hervorgerufen.

Pesth, 9. Juni. Der Kaiser hat die Aufhebung der Wirksamkeit der Militärgerichte angeordnet. Bei der Abreise des Kaisers war dem Publikum Zutritt zum Bahnhofe gestattet worden.

Paris, 9. Juni. Einem Börsenanschlage zufolge ist der Kaiser heute in Toulon gelandet, wird in Lyon übernachten und morgen Abend 5 Uhr hier eintreffen.

Paris, 9. Juni. Der "Moniteur" veröffentlicht eine von dem Secrétaire des Neuherrn der Vereinigten Staaten an den Gesandten Amerikas in Paris, Herrn Bigelow, unter dem 22. Mai gerichtete Depesche. Dieselbe giebt der dankbaren Erinnerung der Regierung und des Volkes der Vereinigten Staaten für die Seitens des Kaisers, des Senats und des gesetzgebenden Körpers bei Gelegenheit der Ermordung Lincoln's an den Tag gelegten Gefühle Ausdruck und erinnert an die alte Freundschaft zwischen beiden Nationen, welche Seitens der Vereinigten Staaten herzlich erwidert werde.

London, 9. Juni. Nach den Berichten aus New-York vom 31. v. M. hatte Präsident Johnson eine Amnestie erlassen, von welcher jedoch alle Rebellen mit mehr als 20.000 Dollars Vermögen, alle höheren Beamten, sowie alle Offiziere von höherem Range als dem eines Obersten in der Landarmee und eines Lieutenants in der Marine, sowie die Gouverneure der Staaten ausgeschlossen sind. — Der General Kirby Smith hatte sich ergeben. Seine Ergebung umfaßt alle conföderirten Streitkräfte jenseits des Mississippi. Holdan, interimistisch zum Gouverneur von Nord-Carolina ernannt, ist beauftragt worden, die Convention einzuberufen befußt Berathung über die Reconstruction des Staates. Ein in Mobile explodirtes Pulvermagazin hat einen sehr bedeutenden Verlust von Menschenleben verursacht. — General Halleck erhält das Militair-Departement des stillen Oceans. An Hallecks Stelle tritt General Thomas.

London, 9. Juni. Der Dampfer "Cuba" hat New-Yorker Berichte bis zum 31. v. M. Morgens überbracht.

Wechselcours auf London 151, Goldgros 36 $\frac{1}{2}$, Bonds 102 $\frac{1}{2}$, Baumwolle 48.

Wien, 9. Juni. Im heutigen Privatverkehr war die Haltung eine sehr bewegte. Anfangs fanden Arbitragläufe statt. Cre-

ditacien 179,80, Nordbahn 169,70, 1860er Loose 91,25, 1864er Loose 82,95, Staatsbahn 181,60, Galizier 201,75.

Breslau, 9. Juni. Der hiesige Wollmarkt ist als beendet anzusehen. Gegen Schluss wurde zu den bereits gemeldeten reduzierten Preisen auch von Breslauer Händlern lebhaft gelaufen. Die Hauptläufer waren Rheinländer. Frankreich, England und Belgien waren gegen frühere Jahre nur schwach vertreten.

Berlin. Der General, dessen Ernennung zum General-Feldmarschall am 18. d. M. erwartet wird, ist der General der Cavallerie, Graf Nostiz, welcher schon über 60 Jahre der Armee angehört.

— Auch die Breslauer städtischen Behörden haben drei Lehrern durch eine Subvention von je 30 $\frac{1}{2}$ den Besuch der Deutschen Lehrer-Versammlung in Leipzig ermöglicht. (Was aus dem gleichen Antrage in Berlin geworden, der dem Magistrate befürwortend überreicht worden ist, davon weiß man nichts.)

— Der Bielefelder Kreistag hat einen Antrag auf Leistung eines Beitrages zur Gründung der Militair-Kur-Anstalt in Warmbrunn einstimmig abgelehnt. (Die Gründe sind, daß die Sorge für die Opfer der Staatschreie dem Staate zufalle.)

Frankreich. Paris, 7. Juni. Der Kaiser wird am 10. in Paris zurückverkehrt. Es scheint, daß er das große Wettrennen, das am nächsten Sonntage statt findet, durch seine Anwesenheit verherrlichen und dort zugleich die Oration der Pariser, die ihn dann seit sechs Wochen nicht mehr gesehen haben werden, in Empfang nehmen will. Dem Wettrennen selbst wird so ziemlich ganz Paris anwohnen, denn es wird an diesem Tage um den Hunderttausend-Franken-Preis wettersitzen. Der "Gladiateur", der in England den Preis erhielt, wird sich dabei beteiligen. Die Zahl der engagirten Pferde beträgt 122, darunter die besten englischen Rennner.

— Der Kaiser hat in Constantine am 2. Juni wieder ein Liebesmahl mit den nahmhaftesten Eingeborenen der Provinz gehalten und ihnen erklärt, er wünsche von Herzen, daß die Araber durch Fleiß und Bildung sich fähig machten, zu allen Aemtern, welche jetzt mit Franzosen besetzt seien, herzuführen werden zu können; wie er wünsche, daß jeder Araber in der Armee durch Verdienste und Intelligenz zu den höchsten Rangstufen aufsteige. Die Fahrt von Batna nach Biskara gleich einem Triumphzuge. Die Beni-Gana boten dem Kaiser ein Frühstück an. Dem homerischen Mahle folgte ein arabisches Rennfest. Die Stämme aus der algerischen Sahara waren dem Kaiser zum größten Theil aus beträchtlicher Ferne entgegengesteilt. Ein langer Zug Reitender folgte dem Herrscher, als er durch die Ehrenporten ritt, welche die Eingeborenen in der ersten Dase aus Zweigen der Baumwollstaude und aus Palmblättern gemacht hatten. Auf der Straße standen die Weiber der Eingeborenen in Festkleider und ohne Schleier in malerischen Gruppen.

— Klapka, der vorgestern hier ankommen ist, hat ein Manifest an seine politischen Freunde veröffentlicht, in wel-

hem er erklärt, daß er, angestichts der gegenwärtigen Bewegung der Geister in Ungarn, an der Sache der Revolution verzweifte und aufrichtig rathe, von allen unnützen Versuchen und Schlichen abziston.

Amerika. Auf den Vorschlag des "New-York Herald", die Nationalsschuld durch eine freiwillige Subscription von 300,000 Personen à 10,000 Dollars zu decken, wurde in den ersten zwei Tagen schon über eine Million gezeichnet.

Auf außerordentlichem Wege geben der "N. Y. P." folgende amerikanische Nachrichten zu: Newyork, 27. Mai. Der Hochverratsprozeß gegen die Häupter der Rebellion nimmt in Washington seinen Fortgang. Die Mitwissenschaft von Jefferson Davis an dem Raubzuge nach St. Albans, der Brandlegung Newyorks und vieler anderer Uebelthaten steht außer Zweifel. — General Sheridan wird in einigen Tagen in Texas anlangen. Er ist auf einer westlichen Tour begriffen, um die besten Cavallerie-Regimenter für Texas auszuwählen. — General Kirby-Smith, der die conföderirten Truppen in Texas befehligt, wurde von einem Major in seiner Armee, Namens Mac Lee, erwidert. Der Grund des Zwistes war eine Baumwoll-Speculation. — Gegen die sich noch widersehenden conföderirten Truppen in Texas werden die allerschärfsten Maßnahmen angewendet, falls sie sich nicht sofort ergeben; ebenso gegen die Bevölkerung, welche dieselben zum weiteren Widerstand aufzunehmen und ihnen behilflich ist. Man hat bis jetzt schon 8000 Dollars Gold unter Jefferson Davis' Effecten gefunden. Die meisten seiner Kisten sind noch nicht geöffnet. Die Crinoline und der Unterrock nebst dem Frauenkleide und Sommerhut, worin Davis gefangen wurde, wird auf dem großen Markt in Chicago, der zu Gunsten der verwundeten Soldaten stattfindet, ausgestellt werden. Staatssecretair Seward hat seine officiellen Functionen wieder begonnen. — Der Rebellen-Gouverneur Harris von Tennessee wurde eingefangen. Es wurden 600,000 Dollars, dem Staate angehörend, bei ihm gefunden. — Die Emigration nach Mexico dauert fort. Dieselbe wird erst im nächsten Herbst einen größeren Aufschwung nehmen, da die entlassenen Soldaten erst ihre Heimat besuchen und ihre materiellen Verhältnisse ordnen wollen. Man glaubt, daß die Emigration bis nächsten Herbst auf mindestens 100,000 Mann gestiegen sein wird. Die Quaristen sind außerordentlich aktiv und verstärken sich täglich. — Viele Kriegsschiffe der Union sind auf dem Rio Grande erschienen. Die Grenze wird von den Bundestruppen bereits sehr stark besetzt.

Börsen-Depesche der Danziger Zeitung.

Hamburg, 9. Juni. Getreidemarkt stan und geschäftlos. Weizen, loco sicc. u. geschäftlos, per Juni-Juli 5400 Pfund netto 93 Bancothaler Br., 92 Od., per Sept.-Oct. 99 Br., 98 $\frac{1}{2}$ Od. Roggen loco still, per Juni-Juli 5100 Pfund Brutto 83 Br., 82 $\frac{1}{2}$ Od., per Sept.-Oct. 69 Br., 68 $\frac{1}{2}$ Od. Ab Danzig per Sept.-Oct. zu legten Preisen ohne Käufer. Del. per Oct. 28 $\frac{1}{2}$ — 28. Kaffee fester. Verkauf loco 1000 Sac Santos à 6 — 7 $\frac{1}{4}$, 1000 Sac diverse. Bink 5000 Et. loco bis ultimo, 1000 Et. Juli-Aug. 14 $\frac{1}{2}$, 1000 Et. kurze Lief. loco 14 $\frac{1}{2}$, 1000 Et. loco ultimo 14 $\frac{1}{2}$.

